

**Evelyne Gebhardt**

Mitglied des Europäischen Parlaments

**EUROPA AKTUELL**

Nr. 10/2013, 17. Oktober 2013

**Liebe Freunde und Freundinnen,**

*wie lange noch wollen wir dem Sterben vor Europas Küsten zusehen? Wie viele Meldungen über Dutzende, ja Hunderte im Mittelmeer ertrunkener Flüchtlinge wollen wir noch abwarten? Wann folgen auf Betroffenheit endlich Taten?*

*Die Bilder von erschöpften, ausgemergelten Menschen, von traumatisierten Kindern, die ihre Eltern verloren haben, von leblosen Körpern und massenweise Särgen erschüttern mich zutiefst. Umso schlimmer ist: Diese Bilder sind nicht neu. Seit Jahren schon wird Europa seiner Verantwortung in der Flüchtlingspolitik nicht gerecht. Seit Jahren verbarrikadieren wir uns, schotten uns ab und lassen so Menschen auf grausame Weise zu Tode kommen. Menschen, die Not und Elend entflohen sind und nur eines wollen: ein besseres, ein erträgliches Leben.*

*Mit Drohnen und aufwändigen Kommunikationssystemen zur Seeüberwachung lösen wir das Problem nicht. Wir müssen die Ursachen von Flucht und Vertreibung bekämpfen. Wir müssen in Europa unsere Einwanderungspolitik grundlegend ändern. Wir müssen mehr legale Zuwanderung ermöglichen. Wir wollen nicht, dass weiter Zigtausende ihr Leben aufs Spiel setzen, indem sie sich skrupellosen Schlepperbanden ausliefern.*

*Wir dürfen Staaten wie Italien, Griechenland oder Malta mit der Aufnahme von Flüchtlingen nicht länger allein lassen. Diese Menschen wollen in erster Linie nach Europa und nicht nach Lampedusa. Solidarität ist gefragt! Wir brauchen einen fairen Schlüssel, der die Verteilung der zu uns kommenden Menschen auf alle 28 EU-Mitgliedstaaten regelt. Damit jedes Land das beiträgt, was es leisten kann.*

*Die abwehrende Haltung von konservativen Hardlinern wie Innenminister Friedrich ist zynisch und unerträglich. Hier müssen wir Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen Flagge zeigen: für ein soziales und humanes Europa, das sich als Werte- und Solidargemeinschaft versteht. Für ein Europa, das dem Leiden und Sterben vor seinen Toren nicht mit Gleichgültigkeit begegnet. Für ein Europa, das hilft, so gut es kann.*

Ihre

**Kämpferin für Frauenrechte****Malala Yousafzai erhält Sacharow-Preis**

Der diesjährige Sacharow-Preis geht an Malala Yousafzai. Das ist gut so. Damit würdigt das Europäische Parlament ihren Mut und die Beharrlichkeit, mit der sie in Pakistan für elementare Grundrechte wie

Selbstbestimmung, Emanzipation und ein Recht auf Bildung für Frauen einsteht, und das trotz der Mordversuche, denen sie ausgesetzt ist. ■

Evelyne Gebhardt

**INHALT****Seite 1**

- Kolumne
- Sacharow-Preis

**Seite 2**

- Kampf gegen Femizid
- Berufsanerkennungsrichtlinie

**Seite 3**

- Bürgerforum des Europäischen Parlaments
- Tabakprodukt-Richtlinie
- Termine

**Seite 4**

- Geschlechterquote für Aufsichtsräte
- Neues aus Europa
- Evelyne in den Medien
- Impressum



Gewinnerin des Sacharow-Preises 2013: Malala Yousafzai aus Pakistan.  
Foto: © Isopix / Action Press



## Bericht über Genderzid: Die fehlenden Frauen?

Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments haben Anfang des Monats über den Bericht „Genderzid“ abgestimmt. Dabei ist der Begriff „Genderzid“ geschlechtsneutral und damit falsch. Der Bericht hätte eigentlich Femizid genannt werden müssen, weil allein Mädchen und Frauen Opfer dieses systematischen und vorsätzlichen Massenmords sind. Sie sind die Opfer, allein aus dem Grund, weil sie Mädchen sind. Damit erschöpft sich aber auch schon meine Kritik an dem ansonsten hervorragenden Bericht meiner Fraktionskollegin Antigoni Papadopoulou. In 41 Forderungen an die Regierungen, an die Europäische Kommission und den Europäischen Auswärtigen Dienst mahnt der Bericht eine entschlosseneren Bekämpfung eines der schlimmsten Verbrechen dieser Welt an. Jüngste Schätzungen beziffern, dass aufgrund des weltweiten Femizids derzeit ca.

200 Millionen Frauen zu wenig leben. Die Ursachen: Selektive Abtreibungen, Kindstötung, Tod durch Vernachlässigung.

Femizid ist ein globales Verbrechen, das sowohl in Asien als auch in Europa, in Nordamerika, Afrika und Lateinamerika begangen wird. Im Vergleich zum normalen biologischen Verhältnis von 106 Jungen zu 102 Mädchen liegen die Geburtenraten beispielsweise in China bei 113 Jungen je 100 Mädchen, in Indien und Vietnam bei 112 Jungen zu 100 Mädchen. Ähnliche Ziffern weisen in Europa Albanien, Armenien, Aserbaidschan und Georgien auf.

In Kulturen mit einer Präferenz für Söhne gelten Mädchen als Last für eine Gesellschaft, die von einer anhaltenden Diskriminierung von Frauen geprägt ist. Von einer Gesellschaft, die von althergebrachten Traditionen bestimmt wird, die sich in der gegenwärtigen Gesetzeslage

widerspiegeln: der Vererbung von Grundbesitz, der Abhängigkeit alternder Eltern von der finanziellen Unterstützung ihrer Söhne, der Fortführung des Familiennamens und den finanziellen Bürden einer Mitgift.

Femizid können wir nur bekämpfen, wenn wir einen tiefgreifenden Wandel in unserer Gesellschaft herbeiführen, wenn Femizid weltweit als verabscheuungswürdiges Verbrechen gebrandmarkt wird, wenn Täter auch verurteilt werden, wenn Frauen ihre Entscheidungen selbstbestimmt und unabhängig von ihren Ehegatten treffen können, wenn also Frauen gleichgestellt sind.

Der Bericht ist verfügbar unter:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=REPORT&reference=A7-2013-0245&language=DE> ■

Evelyne Gebhardt

## Evelyne Gebhardt: „Meilenstein für die europäische Integration“

### Europaparlament stimmt für leichtere Anerkennung von Berufsqualifikationen

Die Freizügigkeit ist eine der vier Grundfreiheiten der Europäischen Union. Der Abbau von Hürden bei der grenzüberschreitenden Jobsuche gehörte deswegen schon zu den Prioritäten, als die europäische Integration noch in den Kinderschuhen steckte. Letzte Woche haben die Europaabgeordneten in Straßburg einer Reform der Richtlinie über die Anerkennung von Berufsqualifikationen zugestimmt, wonach künftig Ausbildungen noch schneller europaweit anerkannt werden.

„Mit dem europäischen Berufsausweis öffnen sich bürokratische Schranken, die bisher die Mobilität von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern behinderten. Diese elektronische Bescheinigung war eine

zentrale sozialdemokratische Forderung. Sie garantiert eine unkomplizierte Anerkennung von Berufsqualifikationen“, begrüßt die SPD-Europaabgeordnete und verbraucherpolitische Sprecherin der Sozialdemokraten Evelyne Gebhardt die Neuregelung.

Ein Schwerpunkt bei der Reform lag auf der Weiterentwicklung von Gesundheitsberufen: „Die Sicherheit von Patienten stand für uns Sozialdemokraten im Vordergrund“, so die SPD-Europaabgeordnete Evelyne Gebhardt und Barbara Weiler. „Ein neu eingeführter ‚Vorwarnmechanismus‘ schafft mehr Transparenz und schützt vor Ärzten, gegen die in einem EU-

Land ein Berufsverbot besteht. Außerdem dürfen Mitgliedstaaten im Gesundheitsbereich die Sprachkenntnisse überprüfen“, ergänzt die Binnenmarktexpertin Barbara Weiler.

Darüber hinaus werden die Mindestbildungsanforderungen zahlreicher Berufsgruppen mit der Revision der bisherigen Richtlinie aktualisiert. Für Gesundheitsfachkräfte sind sowohl zwölf als auch, wie dies in Deutschland der Fall ist, zehn Jahre Schulbildung zulässig. Ein Kompetenzkatalog listet Fähigkeiten auf, die alle Krankenschwestern und -pfleger in der EU nachweisen müssen. „Die Mitgliedstaaten haben die Verpflichtung, der EU-Kommission über die Umsetzung des Kompetenzkatalogs



zu berichten. Das wird auch in Deutschland eine konstruktive Debatte zu Arbeits- und Ausbildungsbedingungen von Gesundheitsfachkräften anstoßen“, beschreibt Barbara Weiler ihre Erwartungen an das Gesetz.

#### Hintergrund:

Mit der Richtlinie 2005/36/EG über die

Anerkennung von Berufsqualifikationen gilt in der Europäischen Union bereits die automatische Berufsankennung auf der Grundlage harmonisierter Mindestausbildungsanforderungen in den Bereichen Handwerk, Gesundheit, Architektur, Industrie und Handel. ■



„Mitreden über Europa“ - diese Möglichkeit nutzten zahlreiche Bürger und Bürgerinnen beim Bürgerforum des Europäischen Parlaments am 10. Oktober in Heilbronn. Evelyne Gebhardt stand Rede und Antwort und bezog klar Stellung zu aktuellen europapolitischen Themen.  
Foto: EP-Informationsbüro München

## Evelyne Gebhardt: „Gesundheit geht vor Wirtschaftsinteressen“

### Europaparlament beschließt neue Tabakprodukt-Richtlinie

„Licht und Schatten“ sieht die Hohenloher Europaabgeordnete Evelyne Gebhardt in der Neufassung der EU-Tabakprodukt-Richtlinie, die das Europäische Parlament in Straßburg verabschiedet hat.

Positiv bewertet die SPD-Politikerin, dass Zigarettenpackungen künftig zu 65 Prozent mit Warnhinweisen bedruckt sein müssen. Ebenso begrüßt die Sozialdemokratin aus Mülfingen das Verbot von Aromastoffen in Zigaretten. „Beide Maßnahmen erhöhen den Schutz der Jugendlichen vor den Gefahren des Tabakkonsums“, so Evelyne Gebhardt, die sich erhofft, dass künftig noch weniger Jugendliche als bisher mit

dem Rauchen anfangen. „Ich sage ganz klar: Gesundheit geht vor Wirtschaftsinteressen“, betont Evelyne Gebhardt. Daher habe die Tabaklobby mit ihrer massiven Kampagne gegen eine Verschärfung der Regeln bei ihr und ihren sozialdemokratischen Fraktionskollegen auch auf Granit gebissen.

Als große Wermutstropfen bezeichnet Evelyne Gebhardt, dass E-Zigaretten von härteren Regeln verschont bleiben und Slim-Zigaretten weiter erlaubt sind. Hier habe sich die Tabaklobby leider durchgesetzt – gegen den Willen der Sozialdemokraten. ■

## TERMINE

### ■ 18. und 19. Oktober 2013

**Was?** Landesparteitag u. Landesvertreterversammlung SPD BW

**Wo?** Stadthalle, Reutlingen

### ■ 24. Oktober 2013, ab 11.00 Uhr

**Was?** Besuchergruppen Jugendagentur Hohenlohekreis und GewinnerInnen Europäischer Wettbewerb aus Hall und Hohenlohe

**Wo?** EP, Straßburg

### ■ 25. Oktober 2013, 10.15 Uhr

**Was?** Podiumsgespräch bei BPB-Journalistenseminar

**Wo?** Hotel Mercure, Offenburg

### ■ 26. Oktober 2013, 10.30 Uhr

**Was?** Landesdelegiertenkonferenz ASF Baden-Württemberg

**Wo?** Weiherhof-Schule, Freiburg

### ■ 9. und 10. November 2013

**Was?** Bundeskongress der Europa-Union

**Wo?** Universität zu Kiel

### ■ 15. November 2013, 15.00 Uhr

**Was?** Deutsch-französische Kulturgespräche

**Wo?** Konzerthaus, Freiburg

### ■ 15. November 2013, 20.30 Uhr

**Was?** Kamingsgespräch bei FES-KommunalAKademie

**Wo?** Commundo-Hotel, Stuttgart

### ■ 18. November 2013, 19.00 Uhr

**Was?** Vortragsveranstaltung bei SPD-Ortsvereinen

**Wo?** Kenzingen

### ■ 22. November 2013, 20.30 Uhr

**Was?** Vortrag zur Nachhaltigkeitspolitik der EU

**Wo?** Volkshochschule, Schwäbisch Hall

### ■ 29. November 2013, 19.00 Uhr

**Was?** Informationsveranstaltung zur Europawahl beim Kreisverband Zollernalb der Europa-Union

**Wo?** Landratsamt, Balingen



## Mehr Gleichstellung in der Wirtschaft rückt näher

### Ausschüsse des Europäischen Parlaments beschließen Quote für Aufsichtsräte

Der Anfang für mehr Gleichstellung in den Führungsetagen europäischer Großunternehmen ist gemacht. Heute haben die zuständigen Parlamentsausschüsse beschlossen: Bis 2020 muss jedes Geschlecht zu mindestens 40 Prozent in den Aufsichtsräten börsennotierter Unternehmen vertreten sein!

Der Parlamentsbericht schreibt endlich auch objektive und transparente Auswahlverfahren bei der Bestellung von Aufsichtsräten vor. Damit machen wir Vetterwirtschaft ein Ende und erhöhen die Qualität von Kontrollgremien!

Ich gratuliere meinen Kolleginnen Evelyn Regner und Britta Thomsen, die für die sozialdemokratische Fraktion die Verhandlungen in den zuständigen Ausschüssen geführt haben. Auch dank ihrer Standhaftigkeit konnten wir die Verwässerungstaktik mancher Konservativer erfolgreich abwehren, die zahlreiche Ausnahmeregelungen gefor-

dert hatten.

So hätte deren Forderung, sämtliche Familienunternehmen von der Regelung auszunehmen, zu der paradoxen Situation geführt, dass Weltkonzerne wie BMW oder LEGO plötzlich nicht von der Geschlechterquote betroffen gewesen wären.

Auch haben wir Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen dafür gesorgt, dass der Sanktionskatalog bei Nichteinhaltung der Geschlechterquote auch wirkliche Sanktionen enthält. Gegen zum Teil heftigen Widerstand haben wir durchgesetzt, dass Mitgliedstaaten künftig Unternehmen, die die Quote nicht umsetzen, von öffentlichen Ausschreibungen oder vom Erhalt europäischer Fördergelder ausschließen können.

Das klare Parlamentsvotum für eine Geschlechterquote gibt hoffentlich auch Frau Merkel zu denken. Für die Verhandlungen mit dem Rat erwarten wir, dass die Regierungen ihre ideologischen Widerstände aufgeben. Europa will mehr Gleich-

stellung in den Chefetagen europäischer Unternehmen! ■

Evelyne Gebhardt

**LANDESPARTEITAG  
IN REUTLINGEN  
18.-19. OKTOBER 2013**

#### Evelyne in den Medien

##### Homepage:

[www.evelyne-gebhardt.eu](http://www.evelyne-gebhardt.eu)

##### Facebook:

[www.facebook.com/pages/Evelyne-Gebhardt/253121031481890](http://www.facebook.com/pages/Evelyne-Gebhardt/253121031481890)

##### Youtube:

[www.youtube.com/channel/UCzU2536xTonD8BwNCN3Hqg](http://www.youtube.com/channel/UCzU2536xTonD8BwNCN3Hqg)

##### Wortmeldungen im Plenum als Video:

[www.europarl.europa.eu/ep-live/de/plenary/search-by-speaker/results?speakerId=1913](http://www.europarl.europa.eu/ep-live/de/plenary/search-by-speaker/results?speakerId=1913)

## NEUES AUS EUROPA

### EU-SOLIDARITÄTSFONDS:

#### EU-Hilfe zur Beseitigung von Hochwasserschäden

360 Millionen Euro - das ist die Summe, die Deutschland von der Europäischen Union für die Beseitigung der Schäden erhalten soll, die das extreme Hochwasser im Mai und Juni dieses Jahres angerichtet hat. Dies hat die Europäische Kommission den Mitgliedstaaten und dem Europäischen Parlament vorgeschlagen, die nun noch zustimmen müssen.

Die Schäden in Deutschland belaufen sich auf circa 8,1 Milliarden Euro. Die Summe übertrifft damit deutlich den Schwellenwert, der für die Inanspruchnahme des 2002 eingerichte-

ten Solidaritätsfonds erforderlich ist. Das Geld soll helfen, Nothilfeaktionen, Aufräumarbeiten und den Wiederaufbau zu bezahlen.

„Mit dieser Entscheidung stellt Europa unter Beweis, dass es Ländern und Regionen helfen kann, nach einer Naturkatastrophe wieder auf die Beine zu kommen“, so der zuständige EU-Kommissar Johannes Hahn.

Mehr unter:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-13-907\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-907_de.htm) ■

## IMPRESSUM

Redaktion: Evelyne Gebhardt  
und Frederick Wunderle

### Europabüro

Keltergasse 47  
74653 Künzelsau  
Tel.: 07940 59122  
Fax: 07940 59144

[info@evelyne-gebhardt.eu](mailto:info@evelyne-gebhardt.eu)

### Europäisches Parlament

60, rue Wiertz  
B-1047 Brüssel  
Tel.: 00 32 – 22 84 – 74 66  
Fax: 00 32 – 22 84 – 94 66

[evelyne.gebhardt@europarl.europa.eu](mailto:evelyne.gebhardt@europarl.europa.eu)

Bild-Einklinker Kopfbereich:  
Copyright PHOTO © European Union